



uniterre

JULI 2020

№ 3 65. JAHR

JAB 2518 NOOS

WWW.UNITERRE.CH

GESUNDES ESSEN
für alle

DER SOPHIA-PLAN
für ein gutes Leben

ANS LICHT GEBRACHT
Grenzen des Ernährungsmodells

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

APPELL AN DIE VERNUNFT

EDITORIAL

VANESSA RENFER
BÄUERIN UND UNITERRE SEKRETÄRIN

Im April diesen Jahres wandten wir uns mit einem offenen Brief an Bundesrat Guy Parmelin, in dem wir die Entgleisungen der jüngsten Entscheidungen bezüglich der Importe, insbesondere von Rindfleisch und Eiern, anprangerten. Ebenfalls im April machten wir unsere Ablehnung des Imports von 1'000 Tonnen Butter bekannt. Im März kämpften wir an der Seite der Gemüsebäuerinnen und -bauern für die Wiedereröffnung der Märkte in den Städten, glücklicherweise mit Erfolg.

Es waren Appelle an die Vernunft und den gesunden Menschenverstand. Die Coronavirus-Krise verdeutlicht unsere grundlegendsten Bedürfnisse: Sicherheit, Essen, Trinken und die Wahrung der Menschenwürde. Wenn das Unwahrscheinliche eintritt und die Grenzen sich schliessen, bedeutet autonom zu sein, frei zu sein. Zwar bietet uns die Digitalisierung eine kostengünstige Globalisierung auf dem Silbertablett, aber für eine reiche Nation wie die unsere war der Schock, als wir feststellen mussten, dass uns dies sehr wenig nützt, umso grösser. Ohne die Unterstützung aus fernen Ländern, deren Ressourcen wir in der Regel schamlos ausbeuten, kommen wir nicht über die Runden. Wir sind beispielsweise abhängig von ihrer Arbeitskraft zur Herstellung landwirtschaftlicher Produkte oder von Gütern des täglichen Bedarfs.

Unter dem Vorwand, die Sicherheit der Bürger*innen zu gewährleisten, reagierte die politische Klasse in einer Weise, die insgesamt vorhersehbar war. Die Erleichterung von Importen ist eine Notfallreaktion. Die Schliessung städtischer Märkte bedeutet, nicht wirklich über mögliche Lösungen zur Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern nachzudenken. Die Zeit mag ein knappes Gut gewesen sein, die Milliarden an Unterstützungsgeldern nicht. Umso besser, wenn dadurch unsere KMUs gerettet werden.

Die Bürger*innen reagierten auf unterschiedlichste Weise. Sie nahmen sich das Recht, nachzudenken und Solidarität zu zeigen. Sie gingen zurück auf die Bauernhöfe, um lokal einzukaufen. Sie stellten aus dem, was ihnen zur Verfügung stand, Stoffmasken her. Sie improvisierten als Lehrer*innen. Sie reagierten auf den Aufruf der Krankenhäuser, den Gesundheitsteams freiwillige Unterstützung anzubieten. Sie nutzten ihr Talent, um allen unentbehrlichen Berufen ihre Dankbarkeit zu zeigen, auch denen, die am schlechtesten bezahlt werden. Sie kümmerten sich um ältere und verletzlichere Menschen. Solidarität, Teilen und gemeinsames Handeln war die Chance für uns, ein Stück Autonomie zurückzuerobieren angesichts der vielen unbekannt Parameter in dieser Krise. Viele Schweizerinnen und Schweizer handelten zu Beginn aus Pflichtgefühl. Aber in vielen Fällen ist es schlussendlich zu einer Freude geworden und hat dem Leben einen neuen Reiz verliehen. •



BILDER DES MONATS

Solidarität in Genf:
Lebensmittel packen und verteilen
Maskennähen
Wiedererwachte Wertschätzung

Wer kennt sie nicht, die Beschwerden über zu hohe Lebensmittelpreise. Als Konsument*innen haben wir zwar Qualitätsanforderungen, im gleichen Atemzug vergleichen wir aber die Preise, und freuen uns, wenn wir ein Schnäppchen machen.

GESUNDES UND GUTES ESSEN FÜR ALLE!

RUDI BERLI
GEMÜSEBAUER UND UNITERRE SEKRETÄR

In der Tat ist die Ernährung leider eine Anpassungsvariable im Haushaltsbudget. Wenn es um Miete, Krankenversicherung, Energiepreise, Transport oder andere Kosten geht, haben wir dagegen kaum eine Wahl. Ein grosser Teil der Bevölkerung und der Haushalte steht unter einem immer stärkeren wirtschaftlichen Druck. Schlimmer noch: In einem der reichsten Länder der Welt sind 7,9 % der Bevölkerung, das sind rund 660'000 Menschen, von Armut betroffen (Quelle BFS, 2019). Die schockierenden Bilder von langen Schlangen vor den Verteilpunkten für Nahrungsmittelhilfe werden wir uns noch lange im Gedächtnis bleiben. Bis Ende April hatten bereits fast 7'500 in Genf lebende Menschen Nahrungsmittelhilfe erhalten. Diese Aktionen der Solidarität und Nächstenliebe sind sicherlich notwendig und heilsam, aber es ist ein „Pflaster auf einem Holzbein“. Dies ist auch der Fall, wenn die Nahrungsmittelhilfe die Rolle der Bekämpfung von Foodwaste übernimmt. Die Anerkennung des Rechts auf Nahrung als grundlegendes Menschenrecht muss auch die freie Wahl der eigenen Nahrung unter Wahrung der eigenen Würde ermöglichen.

Auf der politischen Ebene wird das Argument der höheren Lebensmittelpreise regelmässig benutzt, um die notwendige Entwicklung hin zu einem nachhaltigeren Ernährungssystem zu blockieren, wie geschehen bei der Argumentation gegen die beiden Initiativen „Ernährungssouveränität“ und „Fairfood“.

SCHLECHTE NAHRUNG UND IHRE FOLGEN. Die Forschung über Ernährung ist in der Schweiz wenig entwickelt und dies obwohl es relevante Zahlen gibt: Die ernährungsbedingten Risikofaktoren sind für 15% der Todesfälle in Westeuropa verantwortlich. Die direkten Auswirkungen der Ernährung sind schwer abzuschätzen. Aus der Schweizerischen Nahrungsmittelerhebung, deren Ergebnisse 2017 veröffentlicht wurden, geht hervor: 50% der Männer und 33% der Frauen sind übergewichtig oder fettleibig. Unterernährung betrifft auch junge Menschen sehr stark. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und bestimmte Krebsarten, die mit einer schlechten Nahrungsmittelqualität zusammenhängen, nehmen zu. In der Schweiz belaufen sich die Gesundheitskosten auf 816 CHF pro Person und Monat, wovon 30% von der Allgemeinheit getragen werden. Die Ausgaben für Lebensmittel hingegen belaufen sich auf 545 CHF pro Person und Monat (einschliesslich Verpflegung ausser Haus). Quelle: BFS 2019

MISSION VERFEHLT. Die industrielle und produktivistische Landwirtschaft stellt kostengünstige Rohstoffe her, in dem ständigen Bestreben, die Wettbewerbsfähigkeit auf einem globalisierten Markt zu verbessern. Sie ist vollständig mit der verarbeitenden Industrie und den Grossverteilern verhängt. Diese Landwirtschaft ernährt den grössten Teil der Bevölkerung mit einem „Low-Cost“-Modell, das der Nahrungsmittelindustrie und den Grossverteilern zugutekommt. In seiner Bio-Version bietet das Modell eine Qualität, die einer Bevölkerung mit hoher Kaufkraft vorbehalten ist und nährt so die Illusion der Wahlfreiheit. Dieses Landwirtschaftsmodell entleert die Landschaften stetig, indem es in der Schweiz täglich zwei Betriebe zerstört und das Einkommen der Bauern und

Bäuerinnen und der Landarbeiter*innen ist unanständig tief. Das industrielle System klaut das Wissen der Bäuerinnen und Bauern und hat negative Auswirkungen auf Landschaften, Artenvielfalt und Ökosysteme.

DIE BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT. dagegen verteidigt die Ernährungssouveränität, die Agrarökologie und kämpft gegen den Freihandel. Sie entwickelt alternative Vertriebskanäle wie fairen Handel, lokale Vertragslandwirtschaft oder Hofläden, die die Ernährung wieder direkt in den Dienst der Bevölkerung stellen. Diese Antworten, verstärkt durch Qualitätslabel, kurze Kreisläufe und den Zugang zu Gemeinschaftsverpflegung, sind zwar notwendig, aber unzureichend, weil ihnen die Perspektive eines sozialen Wandels fehlt. Die beiden Modelle, das bäuerliche und das industrielle, können nicht koexistieren, zumal das bäuerliche Modell durch die liberale Politik der deregulierten Märkte systematisch benachteiligt wird.

SOZIALE ERNÄHRUNGSVERSICHERUNG. Um aus dieser Situation herauszukommen, schlagen mehrere französische Verbände, darunter das ISF (Ingenieure ohne Grenzen) und die Confédération Paysanne, die Einführung einer sozialen Ernährungsversicherung nach dem Vorbild des französischen Sozialversicherungssystems vor, welches die Gesundheit zu einem Allgemeingut gemacht hat. Diese soziale Ernährungsversicherung ist eine Umsetzung der Ernährungsdemokratie. Sie würde auch ermöglichen, die Ernährungssouveränität einer Bevölkerung zu entwickeln, indem das Recht auf qualitativ hochwertige Nahrung als Ziel der öffentlichen Politik verankert wird.

Der Vorteil der sozialen Ernährungssicherheit besteht darin, dass es durchaus auch möglich ist, auf lokaler Ebene Experimente zu den Auswahl- und Finanzierungskriterien durchzuführen, um zu einer breiteren Debatte über einen nationalen Fonds zu gelangen. Das Ziel der sozialen Sicherheit für Lebensmittel ist es, sicherzustellen, dass jeder Zugang zu einer ausgewählten und qualitativ hochwertigen Lebensmittelversorgung hat. Zu diesem Zweck erhält jeder Einzelne ein Budget von 200 CHF pro Monat (einschliesslich Kinder), das für den Kauf von Produkten reserviert ist, die nach einer demokratisch definierten Zulassungsregelung bestimmt werden. Die Finanzierung würde durch Sozialbeiträge gesichert. Auf diese Weise könnte eine wesentlich bessere Verteilung der Lebensmittel ins Auge gefasst werden, während es den Menschen gleichzeitig freigestellt bliebe, Lebensmittel zu kaufen, die nicht unter die Zulassung fallen.

Die Zulassungsregelung betrifft Personen aus Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft, einschliesslich des Gastgewerbes. Einige wichtige einsetzbare Kriterien für die Zulassungsregelung:

- Wenn die Produzent*innen in die Vermarktung einbezogen sind (Direktverkauf, Verarbeitungsgenossenschaften, Erzeugerläden), können sie unter der Voraussetzung, dass sie die festgelegten Produktionsregeln einhalten, eine Zulassung für ihre gesamte Produktion beanspruchen.
- Wenn die Branche Akteure der Verarbeitung, des Vertriebs oder des Weiterverkaufs umfasst, müssen die zulassungs-

berechtigten Produkte die festgelegten Produktionsregeln einhalten, sowie eine mehrjährige Verpflichtung der Händler zu Mengen und zu Preisen, die entsprechend den Produktionskosten festgelegt werden, beinhalten.

- Für zulassungsberechtigte Produkte, die importiert werden sollen, könnten die Importrichtlinien die Anforderungen des fairen Handels als verallgemeinerten Standard einhalten
- Respekt von Ernährungsvielfalt, um sicherzustellen, dass die Mehrheit Minderheiten nicht vom Zugang ausgeschlossen kann.

Dieses System würde bedeuten:

- Förderung und Verallgemeinerung von qualitativ hochwertiger Ernährung und bäuerlicher Landwirtschaft und damit Ausstieg aus einem für Beschäftigung, Umwelt und Gesundheit destruktiven Ernährungssystem.
- Es würde uns die Mittel geben, um eine echte Ernährungssouveränität zu erreichen, indem wir die Lebensmittelproduktion und -verarbeitung aus der Logik des Marktes herausnehmen.
- Gewährleistung einer gerechteren Entlohnung der Bauern und Bäuerinnen, damit sie unter besseren Bedingungen, für sich selbst und für die Umwelt, produzieren können. •

Quelle:

<https://isf-france.org/articles/une-alimentation-choisie-et-de-qualite-pour-toutes-et-tous>

BITTE DEN MITGLIEDERBEITRAG NICHT VERGESSEN!

Bis heute haben wir 75% der Beiträge erhalten, und wir danken Ihnen sehr.

Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um die vielen neuen Mitglieder willkommen zu heissen!

Uns fehlt immer noch ein Viertel der Mitgliedsbeiträge. Uniterre finanziert sich vor allem über Ihre Mitgliedschaften. Wenn diese nicht rechtzeitig eintreffen, bringt das unsere Organisation in Bedrängnis.

Danke, dass Sie in den nächsten Tagen daran denken!

Banque Raiffeisen Broye Vully Lacs
1564 Domdidier
CCP de la Raiffeisen 17-1378-2
IBAN CH51 8080 8001 7187 4383 5

DER SOPHIA-PLAN UND DIE SCHWEIZ

MICHELLE ZUFFEREY
UNITERRE SEKRETÄRIN

Mehrere Artikel in dieser Zeitung sprechen über die Lehren, die während der Pandemie gezogen wurden, und zeigen Wege für die Zukunft auf. Was wir brauchen, ist eine globale und multidisziplinäre Reflexion nach dem Beispiel Belgiens, wo in partizipativen Strukturen ein Plan zum Übergang hin zu einer „integrativen, kooperativen und zirkulären Wirtschaft“ entwickelt wurde.

DER SOPHIA-PLAN FÜR BELGIENS TRANSITION. Am 14. Mai präsentierte die Resilience Management Group (RMG), ein Zusammenschluss aus Wissenschaftler*innen und Unternehmer*innen der ökologischen Transition, einen Plan zur Gestaltung eines „solidarischen, wohlhabenden und nachhaltigen Belgiens“.

PLAN FÜR DEN ÜBERGANG. Eine Gruppe von mehr als 100 Wissenschaftler*innen und 182 Unternehmen entwickelte, auf Grundlage der während der Pandemie gewonnenen Erkenntnisse, einen Plan für den Übergang¹ zu einer „integrativen, kooperativen und zirkulären Wirtschaft, die sich innerhalb der Grenzen des Planeten bewegt und auf anderen Werten basiert als dem Wettbewerb und der Macht des Billigsten“. Eine Wirtschaft, deren Entwicklung Rücksicht nimmt auf die Grenzen des Planeten und die Schwächsten der Gesellschaft.

MASSNAHMENPLAN

Dieser Plan für einen nachhaltigen Wiederaufbau nach COVID-19 schlägt mehr als 200 Massnahmen in 15 Bereichen vor:

- Landwirtschaft und Ernährung: Für eine Landwirtschaft, die auf agroökologischen Prinzipien beruht, d.h. für eine nachhaltige, autonome und widerstandsfähige Ernährung mit Wertschöpfung auf der ganzen Kette von Produktion, Verarbeitung, Verteilung bis zum Konsum.
- Nachhaltiger Konsum: Etablierung neuer Marktregeln, die nachhaltige Güter und Dienstleistungen favorisieren. Unterstützung für nachhaltige Innovation zugunsten einer Kreislaufwirtschaft mittels Nachfrage (öffentliche Beschaffung, gemeinsamer Einkauf, Sozialleistungen für Arbeitnehmer*innen,...). Die Bürger*innen zu verantwortungsbewusstem Konsum ermutigen, durch eine angepasste Preispolitik oder Parameter wie die Garantiezeiten. Sicherstellen, dass die Attraktivität von Produkten, die das Ökosystem zerstören und sozial unverantwortlich sind, eingeschränkt wird.
- Verantwortungsbewusste Produktion und Regionalisierung: Aus der aktuellen Krise lernen und die Wertschöpfungsketten wieder aufbauen, die die Versorgungssicherheit für alle „lebenswichtigen“ Güter garantieren. Dabei die Reindustrialisierung fördern (und die Schaffung von Arbeitsplätzen) und die Transportwege verkürzen.
- Unterstützung von Unternehmen mit dem Ziel, umweltschonendes Wirtschaften zu fördern (Klima, Biodiversität, Ressourcen,...) und nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen. Finanzierung mit Geldern, die durch eine rasche Einstellung jeder direkten und indirekten Subvention von fossilen Energien frei werden.
- Steuern: Die Besteuerung nutzen zur Förderung einer gerechten und wirtschaftlich effizienten ökologischen Transition. Steuern ermöglichen die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen, sie tragen zur Reduktion von Ungleichheit bei und sind ein wirksames antizyklisches Instrument.
- Weitere Massnahmen werden auch in diesen Bereichen vorgeschlagen: Gebäudebau und Raumplanung; Energie; Banken, Versicherungen, Investmentfonds; Demokratie, Staat und Staatsgewalt; Mobilität; Gesundheit; soziale Sicherheit, ein neuer Sozialvertrag, Arbeitsplätze; Bildung und Ausbildung; Entwicklungszusammenarbeit; politische Entscheidungsprozesse.

UND DIE SCHWEIZ. Die kantonalen Gruppen der Klimajugend, die Gewerkschaften, die Bürgerinitiativen und die Bürger*innen haben sich auch in den letzten Monaten mobilisiert, bei-

spielsweise mit der digitalen Demonstration vom 17. April in den sozialen Medien („Ich unterstütze die Bäuerinnen und Bauern, ernähre mich regional, und das nicht nur in Krisenzeiten“). Am 15. Mai die kantonalen Petitionen zur Einführung der Ernährungssouveränität in den Kantonen Waadt, Genf, Freiburg und Jura. Am 4. Mai² der Aufruf „Für einen lokalen, nachhaltigen Neubeginn“, der zum Sessionsbeginn nach Bern ins Parlament gebracht wurde. Ein radikaler Systemwechsel hin zu einer Gesellschaft, in der die soziale Verantwortung und Klimagerechtigkeit Priorität haben, erfordert eine globale, systemorientierte, transdisziplinäre und partizipative Reflexion. Was, wenn wir gemeinsam den SOPHIA-Plan an die Schweiz anpassen würden? •

QUELLEN:

¹ <https://www.groupeone.be/plansophia/>

² <https://aufrufvom4mai.ch/>

Mehr als 60'000 gesammelte Unterschriften Ende Mai
Ziel: 100'000 Unterschriften

COVID-19: GESCHLOSSENE WOCHENMÄRKTE

MATHIAS STALDER
UNITERRE SEKRETÄR

Mitte März 2020 hat der Bundesrat mit der Verordnung² über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus die Wochenmärkte verboten. Uniterre kritisierte die Ungleichbehandlung gegenüber den Lebensmittelgeschäften scharf. Die Einhaltung der Verhaltens- und Hygieneregeln sind im Freien mit viel kleinerem Aufwand umzusetzen als in geschlossenen Räumen, so unser Argument. Einzelne Lebensmittelmarktstände durften aber weiterhin betrieben werden. Wir haben uns deshalb in verschiedenen Städten dafür eingesetzt dass, unter Einhaltung von Schutzkonzepten, die Märkte wieder geöffnet werden durften und gründeten dafür ein schweizweites Netzwerk. Dieses intervenierte mit örtlichen Marktvertreter*innen u.a. erfolgreich in Genf, Freiburg, Biel, Bern und Basel. Den Anfang machte der Markt in La Chaux-de-Fonds, am 8. April 2020 unter folgender Auflage: Über mehrere Plätze und Strassen verteilt und auf 10 Stände limitiert, dafür täglich geöffnet. Der Gesundheits- und Umweltsociologe Claude Bezençon aus la Chaux-de-Fonds setzte sich erfolgreich dafür ein und schrieb dazu sinngemäss: „Die Schliessung der Märkte wurde als ein Versuch empfunden, die destruktiven Produktions- und Konsumsysteme der Nahrungsmittelgiganten durchzusetzen, ein bisschen wie ein Staatsstreich derjenigen, die Erdbeeren ausserhalb der Saison verkaufen, gegen diejenigen, die die Saisonalität und Regionalität der Produkte hochhalten...“.

MIT EINER ANFANG MAI 2020 EINGEREICHTEN MOTION (20.3235) durch Nationalrat Kilian Baumann wird der Bundesrat nun beauftragt „die nötigen Massnahmen zu treffen, um die sichere und schweizweit einheitliche Durchführung von Lebensmittelmärkten auch in Pandemiesituationen zu ermöglichen“. Die Märkte sind unerlässlich für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und eine wichtige Einnahmequelle für die Bäuerinnen und Bauern, gerade auch in Krisenzeiten. •





WENN EIN VIRUS DAS ERNÄHRUNGSSYSTEM INFRAGE STELLT

MATHIEU GENOUD
GEMÜSEBAUER, UNITERRE

Die COVID-19-Krise hat die Grenzen des Schweizer Agrar- und Ernährungsmodells ans Licht gebracht und die Dringlichkeit einer radikalen Neuausrichtung der Schweizer Landwirtschaft unterstrichen. Einige Lehren aus der Krise zugunsten der Bäuerinnen, der Bauern und der Bevölkerung.

Wer noch Zweifel an der Fragilität des Welternährungssystems hatte, in das auch die Schweiz eingebettet ist, wurde durch die Pandemie zum Jahresbeginn eines Besseren belehrt.

COVID-19, DIE MASSNAHMEN DER ENTSCHEIDUNGSTRÄGER * Auf der einen Seite eine Politik, die auch während der Corona-Krise das globale Industriemodell stützt, damit die Auswirkungen der Schutzmassnahmen auf den internationalen Verkehr von landwirtschaftlichen Gütern und Arbeitskräften möglichst gering ausfallen. Denn ohne den Güter- und Personenverkehr ist die Nahrungsmittelversorgung heute nicht mehr gewährleistet. Im Zuge des Lockdowns haben die Autoritäten die Importquoten erhöht, die Vorschriften zur Lebensmittelkennzeichnung gelockert und die Hygienevorschriften für Wanderarbeiterinnen missachtet. Auf der anderen Seite wurden Wochenmärkte geschlossen und die Lagerung von Schweizer Produkten subventioniert. Ziel war es, die Regale der Supermärkte zu füllen, ohne die grossen Detailhändler und ihre Margen zu bedrohen, und gleichzeitig die Feldarbeit ohne Erhöhung der Produktionskosten zu sichern.

DIE SITUATION DER BEVÖLKERUNG. Nach einem Monat Lockdown waren Teile der Bevölkerung zur Nahrungsmittelhilfe gezwungen. Prekarität in der Schweiz ist eine Realität. Das hat die Pandemie ans Licht gebracht und wir müssen alles tun, damit in unserem Land alle Zugang zu einer gesunden Ernährung haben. Hier sei angemerkt, dass auch die kollektive Solidarität einen grossen Teil dazu beigetragen hat, dass die bedürftigsten Menschen, also diejenigen, die die geringste Kontrolle über ihre Ernährung haben, nicht Hunger leiden mussten.

« DIE PANDEMIE HAT UNSER VERHÄLTNISS
ZU NAHRUNGSMITTELN UND ZU DENEN,
DIE SIE LOKAL PRODUZIEREN,
VERÄNDERT. »

Wer konnte, ist zum Direktverkauf und zur handwerklichen Verarbeitung zurückgekehrt und hat sich mit mehr frischen, regionalen und saisonalen Produkten ernährt. Kurze Wege waren angesagt und die Verbindung zwischen Produzentinnen und Konsumenten.

ANTWORTEN DER BÄUERINNEN UND HANDWERKER. Als Antwort auf diese zusätzliche Nachfrage haben die Bauern und Handwerkerinnen hart gearbeitet, um die Versorgung der Bevölkerung trotz Hygienemassnahmen und wirtschaftlichen Einschränkungen zu gewährleisten. Nicht systemrelevante Tätigkeiten wurden eingestellt und der Wirtschaftsmotor geriet ins Stocken. Die Bäuerinnen und Bauern und landwirtschaftlichen Arbeitskräfte hingegen, die normalerweise wenig Wertschätzung erfahren, haben ihre Anstrengungen verdoppelt und sind Risiken eingegangen. Auch wenn es den Verfechtern des Freihandels und der wirtschaftlichen Globalisierung nicht gefällt: Diese Krise hat uns daran erinnert, dass die lokale bäuerliche Landwirtschaft eine der unabdingbaren Säulen unserer Gesellschaft ist! Erinnern wir uns auch in Zukunft an die Wichtigkeit der Bäuerinnen und Handwerker und halten wir die Solidarität weiter hoch!

LEHREN FÜR DIE AGRARPOLITIK. So bestärkt uns die Pandemie kurz vor der Vernehmlassung der „Agrarpolitik 2022+“ in

unserer Überzeugung, dass Ernährungssouveränität die Lösung ist. Nur sie ermöglicht krisenresistente Ernährungssysteme mit minimalen Auswirkungen auf die Umwelt und die Ökosysteme, um die Bevölkerung zu ernähren und eine vielfältige, lokale und bäuerliche Landwirtschaft zu bewahren. Politischer Druck muss auf allen Ebenen verübt werden, politischer Druck, der lokal verankert ist und sich auf eine starke Beteiligung der Bevölkerung und ein breites Bündnis stützt.

FÜR EINEN SYSTEMORIENTIERTEN UND GLOBALEN ANSATZ. Die Bewältigung der Krise ist daher eine Gelegenheit, die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie endlich den Produzentinnen und Handwerker dienen und nicht den industriellen Verarbeitern und Grossverteilern. Eine Chance für faire Märkte und kostendeckende Preise für den ersten Sektor in der Schweiz und weltweit, für eine Vervielfältigung der Strukturen und Produktionsmethoden anstelle der Vereinheitlichung, für mehr anstatt für grössere Landwirtschaftsbetriebe. Der Zeitpunkt für Feldforschung anstelle der Biotech-Labore, für bäuerliches Knowhow und Werkzeuge anstatt für die Roboter der digitalen Industrie. Nicht für den agrochemischen Krieg gegen das Lebendige, sondern für ein friedliches Zusammenleben mit den Ökosystemen. •

* (Bemerkung Übersetzung: Weibliche und männliche Sprachformen wurden abwechselnd benutzt, gemeint sind jeweils alle Geschlechter.)

COVID-19: REAKTIONEN AUS DEN KANTONEN

MATHIAS STALDER
UNITERRE SEKRETÄR

Stéphane Florey, Grossrat der SVP Genf, hat im April 2020 eine Motion zur Erhöhung des Selbstversorgungsgrades des Grenzkantons eingebracht. Denn, so seine Begründung, die Pandemie habe die Ernährungssouveränität wieder in den Vordergrund gerückt. Er spricht dabei die massive Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten an, die Verwundbarkeit, die diese hervorruft und fordert eine Regionalisierung der Lebensmittelproduktion. Dabei soll der Staatsrat von Genf einen Strategieplan ausarbeiten, der darauf abzielt, den Selbstversorgungsgrad des Kantons von 20% auf 40% (!) zu erhöhen. Diese Motion haben wir zum Anlass genommen, gemeinsam mit Politiker*innen für andere Kantone politische Vorstösse zu diskutieren. Hierbei gilt es zwingend nicht nur produktivistische Aspekte hervorzuheben, sondern das Augenmerk auch auf faire Preise und Arbeitsbedingungen, sowie auf die Umwelt zu lenken. Die Förderung von regionalen und direkten Verarbeitungs-, Lagerungs- und Vermarktungsstrukturen, sowie das Einfordern von ökologischen und ressourcenschonenden Methoden müssen in die Argumentation aufgenommen werden. Die Abstimmung der Initiative für Ernährungssouveränität haben wir verloren. Nun ist es unsere Aufgabe politische Vorstösse auf kantonaler Ebene kritisch und kreativ zu begleiten. •

MILCHZUG AUF DER BUTTER ENTGLEIST

BERTHE DARRAS
UNITERRE SEKRETÄRIN

Die Coronakrise verändert die Welt. Wir erleben, wie sich die Konsument*innen der Bedeutung der einheimischen Landwirtschaft bewusst werden, wie die Höflägen gestürmt werden und wie die Begriffe der Versorgungssicherheit und Ernährungssouveränität in aller Munde sind. In dieser Zeit hat die Branchenorganisation Milch (BOM) am 23. April 2020 einen Antrag auf die Einfuhr von 1000 Tonnen Butter an das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) gestellt! Diese Ankündigung schlug ein wie eine Bombe. Einige Tage später haben wir mit einem Brief¹ an das Bundesamt für Landwirtschaft reagiert und darum gebeten, diesen Antrag kategorisch abzulehnen. Natürlich ist die Herstellung von Butter aus Schweizer Milch möglich und mehr als wünschenswert!

Das System komplex und intransparent²:

- Die gesamte Schweizer Milchmenge wird von den Milchkäufern in 3 die Segmente, in A-, B-, C-Milch, eingeteilt.
- Jedes Segment hat seine Bestimmung, entweder im Inland oder für den Export. Monat für Monat bestimmen die Milchkäufer in welches Segment wieviel Milch eingeteilt wird. Für die 3 Segmente gelten unterschiedliche Regeln und es werden unterschiedliche Preise an die Milchproduzent*innen ausbezahlt. Aktuelle Richtpreisempfehlung laut Milchbranche: A-Milch 71.0 Rp./kg, B-Milch 47.2 Rp./kg, C-Milch 20.7 Rp./kg)

« DIESES SEGMENTIERUNGSMODELL
IST PRAKTISCH FÜR DIE MILCHKÄUFER,
SEHR UN DURCHSICHTIG
FÜR DIE MILCHPRODUZENTINNEN
UND SCHIER UNBEGREIFLICH
FÜR KONSUMENTINNEN. »

Da das Segmentierungsmodell immer wieder zu Unregelmässigkeiten bei den Abrechnungen der Milchkäufer führt, und die Umsetzung der Verwendungszwecke nicht einheitlich und gesetzeskonform nachvollzogen wird, fordert Uniterre:

WIR FORDERN DIE ANHEBUNG DES AB-HOF-PREISES, und dass der Grossteil der Milch von B auf A umsegmentiert wird. Die Milch des B-Segments, würde somit der Butterherstellung für den Schweizer Markt dienen und es müsste keine Butter importiert werden.

ANFANG APRIL 2020 VERKÜNDETE DER VERBAND DER SCHWEIZER MILCHPRODUZENTEN: „ Das Model Sarina Arnold wirbt wieder für Schweizer Butter. “ Uniterre-Sekretärin Vanessa Renfer reagierte auf diese Ankündigung mit einem Leserbrief³: „In der Schweiz herrscht im Milchsektor eine Rohstoffknappheit, die es den Verarbeitungsbetrieben unmöglich macht, eine ausreichende Versorgung mit Butter sicherzustellen. Wessen Schuld ist das? Die der Produzent*innen? Nein!!! Sie liegt bei den Käufern und die Supermarktketten, die es durch den Preisdruck geschafft haben, Tausende von Milchproduzent*innen vor den Kopf zu stossen. (...) Und wie lautet inzwischen die Antwort des Milchproduzentenverbandes? Heuern Sie ein Modell an, um für Schweizer Butter zu werben... Es wird so getan, als könne die tiefe Krise, die weiterhin Tausende von Bauernfamilien in den Ruin stürzt, mit einem hübschen „Buttermeitli“ gelöst werden (...) Aber da Sie einen doppelten Käufer-Produzenten-Hut haben, fällt es Ihnen offensichtlich schwer, Ihre Rolle in der professionellen Verteidigung der Bauern und Bäuerinnen wahrzunehmen.“

DAS BLW GAB AM 19. MAI 2020 BEKANNT, dass es die Einfuhr dieser Butter zur Ergänzung des heimischen Angebots genehmigen werde. Unsere begründeten Anliegen werden ignoriert. Jetzt haben wir wenig Zweifel, das Bundesamt für Landwirtschaft führt die Landwirtschaft nur dem Namen nach, denn es gehorcht offensichtlich der Agroindustrie. In dem knappen Monat zwischen der Anfrage der BOM und der Antwort des BLW stellten rund 100 Bauernfamilien die Milchproduktion ein. Damit wurde die Tür für Massenimporte sperrangelweit geöffnet. •

WEITERE INFORMATIONEN:

¹ Den gesamten Brief finden Sie auf unserer Website: Uniterre / Themen/ Milch /Offener Brief BLW

³ Leserbrief (fr) von Vanessa Renfer: Uniterre / Thematique /Lait /La mannequin Sarina Arnold

² Agrarbericht 2019 / Einteilung in die Segmente nach Verwendungszweck der Milch

A-MILCH. Wertschöpfungsstarke Produkte mit Grenzschutz oder Stützung (Zulage für verkäste Milch, Rohstoffpreisausgleich).

B-MILCH. Milchprodukte mit eingeschränkter Wertschöpfung ohne Grenzschutz oder Stützung für den Inlandmarkt und den Export. (wie Magermilchpulver, Joghurt, Frischprodukte)

C-MILCH. Wertschöpfungsschwache Produkte für den Weltmarkt. (wie Milchpulver)

DIE ALTERNATIVE



WEITERE INFORMATIONEN:

www.faireswiss.ch

Hier finden Sie auch alle aktuellen Verkaufsstellen.

BIO SUISSE, TAUB UND BLIND ?

ROBIN DESBOIS

PREKÄRE ARBEITSBEDINGUNGEN IN ALMÉRÍA. Ende Februar schrieben mehr als 30 Arbeiter*innen von „Haciendas Bio“ in Almeria - zertifiziert nach Knospe und Demeterlabel - einen Brief an die Betriebsleitung und kritisierten ihre Arbeitsbedingungen: jederzeit kündbare Tagesarbeitsverträge, Löhne unter dem gesetzlichen Minimum, unbezahlte Überstunden, Schwefelausbringung in Gewächshäusern, während die Arbeiterinnen und Arbeiter ohne Schutzkleidung arbeiten, schlechte sanitäre Einrichtungen usw. Sie forderten neben sofortigen Verbesserungen auch die Wahl von Betriebsräten zur Vertretung der Arbeiter*innen. Konfrontiert mit dem Schweigen der Unternehmensleitung appellierten die Arbeiter*innen an eine lokale Schlichtungsstelle, Verbesserungen durchzusetzen. Der Verhandlungsprozess wurde durch den Lockdown in Corona-Krise verlangsamt. Nachdem die Schlichtung angekündigt worden war, entließ „Haciendas Bio“ im März unter falschen Vorwänden sieben weitere Beschäftigte, und die Gewerkschaft SOC-SAT reichte erneut Beschwerden ein.

AUF BIO-BETRIEBEN MIT KNOSPENLABEL! Prekäre Arbeitsbedingungen sind in der intensiven Landwirtschaft in Almeria weit verbreitet. Sehr enttäuschend ist die Tatsache, dass dies auch auf Biobetrieben der Fall ist: Offensichtlich gibt es keine Kontrolle über die Regeln, die zertifizierte Unternehmen in sozial gefährdeten Gebieten einhalten müssen! „Haciendas Bio“ ist weder der erste noch der einzige Fall eines Konflikts zwischen „Bio Suisse“-Firmen in Almeria: Bei einer anderen zertifizierten Firma, Bio Sabor, toleriert Bio Suisse jahrelange Konflikte und Verletzungen der Arbeitnehmerrechte, welche bereits vor einigen Monaten von der Fernsehsendung „A Bon Entendeur“ aufgedeckt wurden. Auch das von Uniterre am 18. März 2020 veröffentlichte Kommuniké zum Konflikt in „Haciendas Bio“ wurde von Bio Suisse ignoriert.

RESPEKT VOR MENSCH UND NATUR. Die Konsument*innen erwarten, dass die Bio Suisse sowohl die natürlichen als auch die menschlichen Ressourcen respektiert: Die Bio Suisse muss sich von Praktiken prekärer Arbeitsbedingungen distanzieren, die im Mittelmeerraum weitgehend auf der schamlosen Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen aus dem Maghreb beruhen.

KNOSPENLABEL STEHT AUF DEM SPIEL. Dass es diese Praktiken in Bio Suisse-zertifizierten Betrieben gibt, ist eine Tatsache. Bio Suisse muss endlich aufhören, sich taub zu stellen, und das Problem angehen, indem sie ein System zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen installiert - nicht nur in Almeria, sondern im gesamten Mittelmeerraum: Denn von dort kommen die meisten Importe von Obst, Gemüse, Mandeln, Nüssen, Haselnüssen, Ölen, Wein und anderen Produkten: Bio-Unternehmen müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter nach den lokalen Tarifverträgen bezahlen, in Spanien auch nach dem kürzlich von der Regierung auf nationaler Ebene erhöhten Mindestlohn (SMI). Bio-Unternehmen müssen die Wahl von Betriebsräten erleichtern und sich jeglicher Repressalien gegen ihre Vertreter enthalten, um einen effektiven sozialen Dialog zu ermöglichen, der die Grundlage für menschenwürdige Arbeitsbedingungen ist. •

INTERNATIONALER KAMPFTAG

MATHIEU GENOUD
UNITERRE, GEMÜSEBAUER

Ein Rückblick auf die Aktionen vom 17. April 2020 in der französischsprachigen Schweiz. Auf den Aufruf von La Via Campesina mobilisierte Uniterre für diesen internationalen Kampftag der Bäuerinnen und Bauern in der Westschweiz unter dem Motto: „Ich will lokal essen, ich unterstütze die Bäuerinnen und Bauern und das nicht nur in Krisenzeiten“. Wir wollten an die lebenswichtige Bedeutung der lokalen bäuerlichen Landwirtschaft erinnern, die uns helfen kann, eine gewisse Resilienz im Ernährungssystem zurückzugewinnen. Dazu muss die Zahl der Aktiven im primären Sektor steigen und die Opferung der Bäuerinnen und Bauern auf dem Altar der Wirtschaft und des Freihandels aufhören. Dieser 17. April 2020 sollte ein erster Schritt in diese Richtung sein, indem gemeinsam mit Agriculture du Futur und dem Mouvement pour une Agriculture Paysanne Citoyenne genevoise (MAPC) das Welschschweizer Netzwerk der Solidarität für die bäuerliche Landwirtschaft ins Leben gerufen wurde (<https://agriculturedefutur.ch/reseau-solidaire>).

NETZWERKE. Uniterre und seine Verbündeten haben 30 landwirtschaftliche Betriebe gefunden, um Menschen zu empfangen, die sich an diesem symbolischen Tag und auf lange Sicht für die Landwirtschaft ihrer Region engagieren wollen. In den Kantonen Jura, Neuenburg, Waadt, Genf und Wallis erschienen rund hundert Teilnehmer*innen, um die Realitäten der bäuerlichen Landwirtschaft kennen zu lernen, sich auszutauschen und gleichzeitig den Bäuerinnen und Bauern, die sie empfangen, eine helfende Hand zu reichen.

« ICH WILL LOKAL ESSEN,
NICHT NUR IN KRISENZEITEN. »

Dieser anfängliche Schwung wurde bereits auf ein Dutzend Bauernhöfe ausgedehnt, die auf die regelmässige Unterstützung von Dutzenden von Aktivist*innen zählen können. Uniterre hofft, auf diese Weise eine Verbindung zwischen Konsument*innen und Produzent*innen sowie zwischen den Landwirtschafts- und Klimaforderungen herzustellen. Mit der Bevölkerung, nach wie vor die beste Verbündete der Bäuerinnen und Bauern, wird es uns gelingen, ein Kräfteverhältnis zu gestalten, das den Aufbau von einem belastbaren, ökologischen und wertschöpfenden Ernährungssystem ermöglicht. Eine Landwirtschaft auf den Prinzipien der Ernährungssouveränität.

EINE GEMEINSAME BEWEGUNG. Im Anschluss an den 17. April startete Uniterre eine Reihe von Webinaren über Ernährungssouveränität und bäuerliche Kämpfe von Aktivist*innen für soziale Verantwortung und Klimagerechtigkeit, um sie mit diesen Konzepten und Realitäten vertraut zu machen. Wir halten es für wichtig, dass diese Bewegungen auch die Forderungen der Bäuerinnen und Bauern widerspiegeln. Uniterre wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Stimme der Bäuerinnen und Bauern integraler Bestandteil der sozialen und politischen Antworten auf die Fragen ist, die durch die unvermeidlichen Anpassungen an den Klimawandel aufgeworfen werden.

FORDERUNGEN AN DEN BUNDESRAT. Am 17. April hat Uniterre auch einen offenen Brief an Bundesrat Guy Parmelin geschrieben, um den Frust der Bäuerinnen und Bauern über die Misserfolge von 25 Jahren neoliberaler Agrarpolitik zum Ausdruck zu bringen. Für alle Sektoren haben wir konkrete Massnahmen vorgeschlagen, die eine Wende herbeiführen können – eine Wende zugunsten des Gemeinwohls und ohne Bücklinge vor der Industrie. •

* (Bemerkung Übersetzung: Weibliche und männliche Sprachformen wurden abwechselnd benutzt, gemeint sind jeweils alle Geschlechter.)

SCHLECHTE BEDINGUNGEN

MATHIAS STALDER
UNITERRE SEKRETÄR

Am 15.6.2020 fand eine Pressekonferenz unter Federführung von Agrisodu, „Widerstand am Tellerrand“ und Uniterre in Bern statt. Thematisiert wurden die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft für die Landarbeiter*innen und für die Bäuerinnen und Bauern. Im ersten Teil wurde die Studie zweier Historiker vorgestellt, die die Arbeitsbedingungen in 9 Kantonen über 18 Jahre untersucht haben. Dabei ging es nicht einzig um die schlechten Arbeitsbedingungen der Landarbeiter*innen, sondern auch um die Ursachen dieser Misere. Ein Fazit: Die kantonalen Unterschiede in der Gesetzgebung (Normalarbeitsverträge NAV) bezüglich der Beschäftigung in der Landwirtschaft sind sehr gross und schaden Landwirt*innen wie Arbeiter*innen. In einem zweiten Teil wurden die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Arbeitsmigrant*innen, die in Landwirtschaft in der Schweiz und in Europa arbeiten, beleuchtet. Abschliessend stellte die Nationalrätin Frau Meret Schneider (Grüne), ihren politischen Impuls vor, den sie in diesem Zusammenhang erarbeitet hat. Sie hat eine Interpellation eingegeben, der die Aufnahme der Landwirtschaft ins Arbeitsgesetz fordert. Sie kritisiert die Missstände für Landarbeiter*innen stark: „Arbeitswochen von 55 bis 60 Stunden mit einem Nettolohn von oft unter 3.000 Franken pro Monat sind an der Tagesordnung.“ Schneider erkennt die Schwierigkeit: Die höheren Lohnkosten auf die stark unter Produktionsdruck stehenden Bauern und Bäuerinnen abzuwälzen erachtet sie als nicht möglich. Sie fragt, ob der Bundesrat eine Möglichkeit sieht, die Löhne von landwirtschaftlichen Mitarbeitenden zu einem Prozentsatz mittels Subventionen mitzufinanzieren. Dieser Vorschlag ist provokant und wir stehen ihm kritisch gegenüber. Viel wichtiger aber ist, dass über die Lebenssituation in der Landwirtschaft gesprochen wird und das Thema in der politischen Debatte nicht länger unter den Teppich gekehrt werden kann. Die oben genannte Studie steht auf www.agrisodu.ch zur Verfügung. •



MEHR ALS ENTWEDER-ODER

MICHELLE ZUFFEREY
UNITERRE SEKRETÄRIN

Avenir Suisse argumentiert in "Die Sackgasse der Renationalisierung", dass eine Verlagerung der Landwirtschaft in die Schweiz umweltschädlich wäre, da sie mit einer Intensivierung der Produktion einhergehen würde, "während gleichzeitig mehr Hilfsstoffe importiert werden müssten". Avenir Suisse plädiert deshalb für eine "Diversifizierung der Bezugsquellen durch den Abschluss möglichst vieler Freihandelsabkommen".

- Uniterre stellt fest, dass die grosse Mehrheit der importierten Nahrungsmittel das Ergebnis einer intensiven, input-intensiven Produktion ist, die in den Exportländern irreversible Umweltschäden verursacht. Ganz zu schweigen von den CO2-Emissionen, die durch den Fernverkehr entstehen.
- Uniterre protestiert gegen die Aufrechterhaltung eines Ernährungssystems, das auf der Ausbeutung der Ressourcen anderer Länder beruht.
- Uniterre dementiert ausserdem, dass Umweltschutz und der Stärkung der Landwirtschaft in der Schweiz unvereinbar seien: Im Gegenteil, die Entwicklung der agrar-ökologischen Landwirtschaft wird zur Erhaltung der Biodiversität, des Bodens und des Wassers beitragen. •

AUF UNSEREN TELLERN

Eine Public-Eye-Untersuchung (Juni 2020) zeigt, dass „mehr als 10% der importierten Lebensmittel, die 2017 von den Schweizer Behörden kontrolliert wurden, Rückstände von Pestiziden enthielten, die in der Schweiz wegen ihrer schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit oder die Umwelt verboten sind. Insgesamt wurden nicht weniger als 52 verbotene Pestizide nachgewiesen“. Dies zeigt einmal mehr, dass Freihandelsabkommen keine Antwort für die Schweizer Lebensmittelsicherheit sind. Wir wollen nicht nur essen, wir wollen gesunde Lebensmittel für alle! Und es geht nicht nur um die Gesundheit der Menschen in der Schweiz, es geht um die Gesundheit der Menschen in der Welt. Wie die Studie zeigt, „gehören zu den am häufigsten nachgewiesenen verbotenen Pestiziden Substanzen, die vom Basler Riesen Syngenta vermarktet oder in den letzten Jahren sogar aus der Schweiz exportiert werden“. Multinationale Konzerne erzielen saftige Gewinne aus der Vermarktung von Produkten, die die Umwelt verschmutzen und Menschen krank machen, und die daraus resultierenden Kosten für die öffentliche Gesundheit und die Umwelt werden von der Gesellschaft getragen, also von uns! •

Mehr auf: www.publiceye.ch/Thema/Pestizide

PA 22+: WIR REDEN MIT.

VANESSA RENFER
BÄUERIN UND UNITERRE SEKRETÄRIN

Die nächsten zwei Jahre werden im Hinblick auf den agrarpolitischen Kalender sehr arbeitsintensiv sein. Der Umgang mit der Zeit nach COVID, das heisse Thema des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und natürlich die Diskussion über die zukünftige Agrarpolitik für die Jahre 2022 und darüber hinaus (PA22+). In diesem Zusammenhang brauchen wir eure Kommentare und Meinungen.

In den kommenden Wochen wird sich das Uniterre-Team mit der Strategie befassen, die gegenüber den Parlamentariern eingenommen werden soll, um die PA22+ in ihrer endgültigen Fassung auszuarbeiten. Im Anschluss an die Vernehmlassung 2019, in der Uniterre Stellung bezogen hat, erarbeitete der Bundesrat eine Botschaft und einen Entwurf mit einem Budget, die er den beiden Kammern in den nächsten Parlamentsitzungen zur Beratung vorlegen wird. Dank unserer Kontakte zu den Parlamentarier*innen, haben wir die Möglichkeit, die Debatte zu beeinflussen.

MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN. Die vorgestellten Ziele der Regierung sind oft weit von der Vision von Uniterre entfernt, insbesondere im Hinblick auf die Betriebsstruktur, die Arbeitsmethoden oder die Entlohnung der Bauernfamilien. Während sich der Bundesrat klar zu Freihandelsverhandlungen mit mehr oder weniger weit entfernten Ländern bekennt, will Uniterre klar und kompromisslos eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft, die denjenigen, die das Land bearbeiten, ein angemessenes Einkommen bietet. Ganz zu schweigen davon, dass diese Freihandelsabkommen den Produzent*innen auch dort schaden: Landraub, steigende Preise für einheimische Lebensmittel und Arbeit am Rande der Sklaverei. Diese Tatsachen stehen in völligem Widerspruch zur Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Bauern und Bäuerinnen und anderer auf dem Land arbeitenden Personen (UNDROP), die die Schweiz 2018 angenommen hat. Wir erwarten deshalb von unserer Regierung einen sehr konkreten Entwurf der Agrarpolitik, der mit bereits bestehenden Positionen, Erklärungen und Abkommen der Schweiz bezüglich Sozial-, Klima- und Umweltfragen im Einklang steht.

ES IST NICHT ZU SPÄT, UM SICH EINZUMISCHEN. Die Sommerzeit ist für viele von uns nicht ideal, denn zwischen Heuen, Emden und anderen Ernten ist es schwierig, Zeit für politische Überlegungen zu finden. Wir sind jedoch der Meinung, dass die Kritik an der Agrarpolitik von uns und aus unserer Mitte, kommen sollte. Wir alle sind Expert*innen auf diesem Gebiet. Was sind die grössten Probleme, mit welchen Schwierigkeiten habt ihr zu kämpfen, was muss geändert oder verbessert werden?

SCHICKT UNS EINE E-MAIL ODER RUFT UNS AN, und lasst uns wissen, was euch schockiert, was euch ärgert, und vor allem, was ihr euch erhofft und wünscht. Je mehr Meinungen und Rückmeldungen wir bekommen, desto realistischer können wir ein Bild davon zeichnen, was die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, von den Politiker*innen erwarten. Die Covid-19-Krise hat den gesamten politischen Kalender verschoben, also lasst uns zumindest diese Atempause nutzen, um unsere Forderungen aufzuzeigen!

Ansprechpartner*innen:
v.renfer@uniterre.ch, (fr) / m.stalder@uniterre.ch (de)



**Konzern-
verantwortungs-
initiative**

BITTE DEN MITGLIEDERBEITRAG NICHT VERGESSEN!

Bis heute haben wir 75% der Beiträge erhalten,
und wir danken Ihnen sehr.

Wir möchten diese Gelegenheit nutzen,
um die vielen neuen Mitglieder
willkommen zu heissen!

Uns fehlt
immer noch ein Viertel der Mitgliedsbeiträge.
Uniterre finanziert sich vor allem über
Ihre Mitgliedschaften. Wenn diese
nicht rechtzeitig eintreffen,
bringt das unsere Organisation in Bedrängnis.

Danke, dass Sie
in den nächsten Tagen daran denken!

Banque Raiffeisen Broye Vully Lacs
1564 Domdidier
CCP de la Raiffeisen 17-1378-2
IBAN CH51 8080 8001 7187 4383 5

STOP. PALMÖL

**REFERENDUM GEGEN
DAS FREIHANDELSABKOMMEN
MIT INDONESIEN**



JETZT UNTERSCHREIBEN!
WWW.STOP-PALMOEL.CH

UND WIR WERDEN IMMER MEHR

Jeder und jede kann mithelfen,

Uniterre bekannter zu machen.

Gerne senden wir euch Gratisexemplare

der Zeitung zu.

SPENDEN
sind wie immer
jederzeit sehr willkommen.
CH23 8080 8002 5119 3914 1

AGENDA

Treffen Sektion Bern

Mittwoch, 19. August 2020, 19.30 - 21.00 Uhr
Brasserie Lorraine (Säli 1.Stock, Quartiergasse 17, Bern)

Deutschschweizer Treffen

Mittwoch, 2. September 2020, 19.30 Uhr
Bioland Olten

Saatgut der Zukunft

Freitag, 18. September 2020, 14.00 - 16.30 Uhr
Zunfthaus zur Haue, Limmatquai 52, Zürich
Forschung, Züchtung und Vermehrung von Saatgut in der Schweiz. www.agrarinfo.ch

Die Genusswoche

17. - 27. September 2020
www.goût.ch



SEMAINE DU GOÛT
GENUSSWOCHE
SETTIMANA DEL GUSTO

KONTAKTE SEKTIONEN

Zürich Mathias Stalder 079 409 72 06

BS/BL Florian Buchwalder 079 470 70 48

Bern Daniel Flühmann 078 845 48 99

Aargau Georg Dällenbach 078 645 15 59

Luzern Markus Müller 079 216 40 30

Tessin Noëmi Lerch 079 339 82 07

Graubünden Kesang Schneider 076 522 71 06

Deutschschweiz Mathias Stalder 079 409 72 06

IMPRESSUM

Sekretariat/ Werbung

Uniterre, av. du Grammont 9, 1007 Lausanne,
021 601 74 67 www.uniterre.ch info@uniterre.ch

Verantwortlich für die Zeitung

Ulrike Minkner, u.minkner@uniterre.ch
Michelle Zufferey, m.zufferey@uniterre.ch

Verwaltung Mitgliederdatei

Claude Mudry, 079 365 76 10, c.mudry@uniterre.ch

Übersetzung

Michael Huber
Büro Uniterre

Fotos

Eric Roset 1,2,4
Ferme de la Lizerne 7

Druck

Imprimerie du Journal de Sainte-Croix et Environs
1450 Sainte-Croix, 024 454 11 26
Imprimé sur papier certifié FSC-Mix.